Steinheimer Zeitung

Bote für das Emmerthal — Amtliches Verordnungsblatt

Bezugspreis: Vierteljährlich: ohne Beilage 8.00 Mark mit der Beilage „Christliche Familie" 12.00 Mark frei ins Haus gebracht. — Die „Steinheimer Zeitung" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Für die Schriftleitung verantwortlich: Carl Simonowski, Steinheim.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Grundzeile (Petit, 45 mm breit) oder deren Raum 80 Pfg., die Reklamezeile (Petit, 90 mm breit) oder deren Raum 2 Mark. Sämtliche Anzeigen sind nach Steinheim i. Westf. zu senden. Druck und Verlag: Carl Simonowski, Steinheim i. Westf.

Nr. 135. Steinheim, Dienstag, den 13. Dezember 1921. 28. Jahrgang.

Hereingefallene Spekulanten.

Es ist leider nicht sehr wahrscheinlich, daß sich das spekulationswütige Publikum die Erfahrungen vom 1. Dezember zur Lehre dienen läßt. An diesem „schwarzen Tag" der Börse verloren viele kleine Spekulanten mit einem Schlage das, was sie in den letzten Monaten „gewonnen" zu haben glaubten und bereits verzehrt hatten. Selbst sehr solide und rechtlich denkende Leute haben sich an dem wilden Börsenspiel beteiligt. Sie erklärten ihre Handlungsweise mit der „Not, welche sie dazu zwingt." Nehmen wir einmal ein Beispiel: Jemand hat im Oktober ein Wertpapier zu 600 Proz. gekauft. Das Papier ist innerhalb von acht Wochen allmählich bis auf 900 Proz. gestiegen. Der Wertpapierbesitzer hat durchschnittlich jede Woche 40 Proz. verdient und sich berechtigt gefühlt, diese Summe, — also bei einem 100-Mark-Papier wöchentlich 400 M. — zu verbrauchen. Ende November war das Kapital also das gleiche wie acht Wochen vorher, vorausgesetzt, daß er sein Papier zu dem dann erreichten Kurse auch verkaufen konnte. Bei dem Kurzsturz vom 1. Dezember, der bei zahlreichen beliebten Börsenpapieren mehrere 100 Proz. betrug, wurde also der Verdienst der letzten acht Wochen mit einem Schlage aufgezehrt. Für den Besitzer eines solchen Wertpapieres fiel also nicht nur der wöchentliche Zuschuß von 400 M., an den er sich gewöhnt hatte, fort, sondern es wurde auch der ganze Ueberverbrauch der letzten acht Wochen vom Kapital abgestrichen. Es ist niemandem zu verdenken, wenn er in diesen schweren Zeiten sein Geld so sicher und so nutzbringend wie möglich anlegt. Es ist aber ein großer Irrtum zu glauben, Kursgewinne könnten unbedenklich aufgebraucht werden. Ein Gewinn ist erst erzielt, nicht wenn er im Kurszettel zu lesen ist, sondern wenn das Papier zu dem erhöhten Kurs auch wirklich verkauft ist. Ist aber einmal das Papier verkauft, so ist natürlich eine weitere Gewinnaussicht abgeschnitten. Innerhalb des Monats November ist die Indexziffer für gewisse Dinge des lebensnotwendigen Verbrauchs von 1146 auf 1397, also etwa um 22 Prozent gestiegen. Es ist ein gefährlicher Irrtum, der sich leider in weiten Kreisen des Publikums festgesetzt hat, daß man in Zeiten der Teuerung durch Börsenspiel, Rennwetten usw. sichere und gleichmäßige Zuschüsse erwerben könnte. Auf der Börse ist die Mehrzahl des Publikums wie das Kind auf dem Glatteis; sie werden fast unvermeidlich einmal zu Fall kommen. In Zeiten der Teuerung, wo es nicht gelingt, die Arbeitseinkünfte entsprechend zu steigern, gibt es nur ein wirksames Hilfsmittel: äußerste Sparsamkeit und Beschränkung auf das Allernotwendigste.

Ein neuer Weg.

Der Gedanke, der steigenden Teuerung auch durch unmittelbare Brücken zwischen Erzeugern und Verbrauchern nach Möglichkeit entgegenzuwirken, ist in fast allen Kreisen lebendig. Der Einwand, die Ausschaltung der bisher üblichen Zwischenglieder könne nur Oel ins Feuer gießen, ist selbstischer Natur. Der entsprechende Beweis unter Hindeutung auf die mißlichen Erfahrungen mit den Kartoffelaufkäufern der Industrie war doch gar zu gekünstelt.

Freilich lassen sich diese enger zu flechtenden Beziehungen auch anders ausmalen. Bisher war nahezu das A und O in der Beurteilung wirtschaftlicher Fragen durch die breiten Massen der vermeintlich nicht zu tilgende Gegensatz zwischen Erzeuger und Verbraucher. Mancher selbst von denen, die die Wellen des neuen Systems auf einen Ministersitzl gespült haben, hat früher Großes geleistet, indem er als Agitator den Städter gegen den Landmann, den Arbeitnehmer gegen den Arbeitgeber, den Bauer gegen den Großgrundbesitzer und den Landarbeiter gegen den Bauer ausspielte. Allen diesen Zaubergeigern der Agitationskunst würden die vier Saiten durchschnitten, wenn es gelänge, die Tatsache zur Geltung kommen zu lassen, daß jeder Einzelne unter den wahrhaft Schaffenden in erster Linie Erzeuger ist oder es doch sein sollte, wenn es also gelänge, Brücken von Erzeuger zu Erzeuger zu schlagen.

Der Landbund der Provinz Sachsen sucht diesen neuen Weg zu gehen. Neu ist er freilich nur als eine Maßnahme der Praxis; in der Theorie hat ihn Dr. Freiherr von Wangenheim, der Vorsitzende des Reichs-Landbundes, schon vor Jahren empfohlen. Offenbar war damals aber die Not noch nicht so groß, daß man seine Worte alsbald in die Tat umgesetzt hätte. Folgt man zur Klarstellung der in der Provinz Sachsen erstrebten Regelung den Ausführungen des „Vorwärts" (566), um irgend eine „bösartige agrarische Tendenz" von Anbeginn auszuschließen, so wollen dort Industrie und Landwirtschaft Teile ihrer Erzeugnisse gegenseitig austauschen. Bei den jetzt schwebenden Vorberatungen scheinen zunächst nur die Stickstoff-, die Kali- und die Braunkohlenindustrie beteiligt zu sein. Dieser Austausch würde den Geldverkehr überflüssig machen. Die Industrie würde die in Zahlung genommenen Lebensmittel ihren Arbeitern und Angestellten als Naturallohn in Zahlung geben und so manchen Lohnstreit überflüssig machen.

Mitten in den Vorberatungen ist es nicht zweckmäßig, zu dem wichtigen Vorhaben bereits eingehend Stellung zu nehmen. Man kann nur wünschen, daß dieser Versuch nicht erfolglos bleibt. Es handelt sich auch hier um eine von Regierungseinflüssen freie Fühlungnahme zwischen den großen Berufsständen, und ihr günstiges Ergebnis hängt davon ab, daß die Regierung auch weiter ausgeschaltet bleibt. Wer hier noch Zweifel hegte, würde alsbald überzeugt sein, wenn er liest, daß der „Vorwärts" sofort mit dem Vorschlage hervortritt, die jetzt im Aufbau begriffenen Dinge durch die „Kontrolle des Reiches" — über den Haufen zu werfen. Es ist immer mißlich, die Felle davonschwimmen zu sehen.

Ein trauriges Kapitel.

Der bekannte rheinische Sonderbündler Josef Smeets ist in Köln verhaftet worden, weil er nicht zu einer Gerichtssitzung wegen Beleidigung des Reichspräsidenten usw. erschienen ist. Ihm ist also das widerfahren, was jedem anderen deutschen Staatsbürger widerfahren würde, der den Versuch machen sollte, sich den zuständigen Gerichten zu entziehen. Aber, Herr Smeets ist für die Leute jenseits unserer westlichen Grenzpfähle ein ganz besonderer Mann und steht unter ganz besonderem Schutz. Als er verhaftet wurde, befanden sich — sein regelmäßiger Verkehr — drei Franzosen in seiner Wohnung, die sich der Verhaftung des Smeets zu widersetzen versuchten. Aber die englischen Behörden in Köln erkannten den gegen Smeets vorliegenden Haftbefehl als zu Recht bestehend an, da auch Herr Smeets sich den geltenden deutschen Gesetzen zu unterwerfen hat, so weit sie nicht aus Gründen politischer Art gegen ihn vorgehen, die aus seinen Beziehungen zu Mitgliedern der Interalliierten Rheinlandkommission herrühren könnten. Dieses aber trifft in diesem Falle nicht zu.

Und trotzdem schreit die Pariser Chauvinistenpresse Zeter und Mordio, sie fordert im Verein mit dem bekannten Annexionisten Maurice Barres den Ministerpräsidenten Briand zum Einschreiten auf und Briand hat sich denn auch an die Rheinlandkommission gewandt, um eine Aufhebung der Verhaftung des Josef Smeets zu erreichen.

Wie sehr den französischen Machtpolitikern der von ihnen ausgehaltene Strohmann Smeets am Herzen liegt, beweist im übrigen die Art und Weise, wie sie ihn am vergangenen Sonntag in Bonn unter ihren Schutz genommen haben. Dort tagte die Rheinische Republikanische Volkspartei, an deren Spitze Herr Smeets steht. Rund 300 Vertrauensleute, meist verführte Landsleute aus der Eifel, denen man goldene Berge versprochen hat, waren anwesend, mehr war im Rheinland nicht aufzutreiben. Und dieses kleine Häuflein war gut geschützt. Französische Gendarmen sicherten die Zugangsstraßen zum „Der Kaisersaal", in dem die Landesverräter vom Schlage des Herrn Smeets tagten. Auch die Zugänge wurden von französischen Gendarmen bewacht, die Ausweise von ihnen geprüft. Nach der Sitzung geleiteten französische Gendarmen Herrn Smeets zur Haltestelle der elektrischen Bahn, damit er ja unversehrt nach Köln in die Hochburg der rheinischen Hochverräter in der Luxemburger Straße gelange. Diese Angaben genügen wohl, um zu zeigen, in wessen Diensten Herr Smeets steht und in wessen Interessen er arbeitet. Den Rheinländern kann man diesen dunklen Ehrenmann nicht zur Last legen, sie werden weit von ihm abrücken, wenn er an die Verwirklichung seiner Pläne herangehen sollte, die man ihm in Bonn aufgetragen hat. Sein Ziel könnte er nur gegen den Willen der Bevölkerung, gestützt auf fremde Bajonette, erreichen; und auch das wird nicht ganz leicht sein. Er wird sich hüten!

Rhenanus.

Loucheurs rasche Rückkehr.

Lloyd George will mit Briand verhandeln.

Der Aufenthalt des französischen Wiederaufbauministers Loucheur in London war wider Erwarten kurz bemessen. Ueber den Inhalt seiner Besprechungen mit Lloyd George besagt eine amtliche Mitteilung der englischen Regierung nur, der britische Schatzkanzler Sir Robert Horne und Loucheur hätten den Premierminister über das Wiesbadener Abkommen und über die Reparationen durch Sachlieferungen in Kenntnis gesetzt.

Im übrigen kam man überein, daß ein informeller Meinungsaustausch zwischen Briand und Lloyd George wünschenswert sei. Wie Reuter vernimmt, wurde vereinbart, daß Briand mit Loucheur zu einer Besprechung mit Lloyd George nach London kommen soll. Dieser Zusammenkunft soll eine Sitzung des Obersten Rates vorangehen, und wenn möglich, am 15. Dezember in London, jedenfalls aber noch vor Weihnachten, stattfinden.

Nach dem „Journal" soll Lloyd George erklärt haben, es habe niemals in der Absicht der englischen Regierung gelegen, Deutschland bedingungslos irgendeinen Zahlungsaufschub zu gewähren. Der englische Premierminister habe das formelle Recht Frankreichs auf volle Reparationen anerkannt, aber die wirtschaftliche Unordnung der Welt angeführt, die Katastrophen nach sich ziehen könne. Die Welt könne nicht mehr von einem Tag auf den anderen leben und dürfe nicht mehr von einem nicht erfüllten Zahlungstermin abhängen.

England für ein begrenztes Moratorium?

Der Londoner Berichterstatter des „Temps" meldet, die öffentliche Meinung in England neige dazu, die Erörterung über das Wiesbadener Abkommen hinaus auf das gesamte Reparationsproblem auszudehnen. Auf allen Seiten, besonders in Arbeiterkreisen, bekenne man sich zu der Auffassung, daß eine Abänderung der Reparationsbedingungen oder des Londoner Zahlungsstatuts dem wirtschaftlich darniederliegenden England Heilung bringen würde. Die Haltung der englischen Regierung auf der nächsten Tagung des Obersten Rates schon jetzt mit Bestimmtheit anzugeben, wäre noch verfrüht, aber sie neige der Idee eines begrenzten Moratoriums für die deutschen Barzahlungen zu unter der Bedingung, daß Deutschland seinen Verpflichtungen im Januar oder auch den Forderungen im Januar und Februar genüge und die ernstesten Garantien dafür gebe, daß es in kürzester Frist Ordnung in seine Finanzen bringe.

Die Bank von England für kurzfristige Kredite.

Die Bank von England hat auf Verlangen der Regierung über die Möglichkeit eines englischen Kredites oder einer Anleihe an Deutschland ein Gutachten abgegeben, in dem bezeichnenderweise von einem Zahlungsaufschub keine Rede mehr ist. Das Gutachten lehnt es ab, Deutschland eine größere Anleihe zu gewähren, die zur Gesundung der deutschen Staatsfinanzen unmittelbar führen müsse. Es wird empfohlen, falls die deutsche Regierung die erforderlichen Sicherheiten schafft, Darlehen auf kurze Termine zu gewähren, die nach jedesmaliger Einlösung zu höheren Beträgen erneuert werden können.

Wer leiht Deutschland Geld?

Manche Dinge kann man nur verstehen, wenn man die Kniffe und Schliche der modernen Diplomatie kennt. So war es manchen Deutschen unverständlich, daß mitten in die Verhandlungen über eine Deutschland zu gewährende Stundung der Zahlungen eine Note der Reparationskommission hineinplatzte, in welcher die volle Erlegung der Mitte Januar und Mitte Februar fälligen Raten gefordert wird. Ueber den Londoner Beratungen liegt noch immer ein undurchdringlicher Nebel. Der frühere deutsche Aufbauminister Dr. Rathenau hat in seinen Besprechungen mit Londoner Bankiers und mit dem Schatzsekretär Sir Robert Horne ein vier- bis fünfjähriges Moratorium (Zahlungsaufschub) gefordert, während die englischen Vertreter nur höchstens zwei bis drei Jahre bewilligen wollen. Es scheint, als ob England in der Reparationsfrage der Wortführer aller anderen Verbandsmächte mit Ausnahme Frankreichs ist. In Paris spricht man von der „gefährlichsten Offensive", die seit Jahren von England gegenüber Frankreich durchgeführt werde. Immerhin hat der aus Washington zurückgekehrte Herr Briand grundsätzlich die Notwendigkeit eines Zahlungsaufschubs für Deutschland anerkannt. Die große Frage ist nur die, ob sich jemand bereit findet, dem Deutschen Reiche Milliardenbeträge zu leihen! Dr. Wirth hat in seiner Rede vom 4. Dezember vor Berliner Pressevertretern sehr mit Recht betont, daß es von den ausländischen Geldgebern abhänge, ob Deutschland seine Verpflichtungen in den nächsten Monaten erfüllen könne. Die Londoner Bankiers weigern sich, dem Deutschen Reiche Geld zu leihen. Die Anlage II zu Teil VIII des Versailler Vertrages bestimmt nämlich im Paragraphen 12 unter b), daß alle Einkünfte Deutschlands vorzugsweise zur Abtragung der Wiedergutmachungsschuld verwendet werden sollen. Da nun feststeht, daß das Londoner Reparationsprogramm vom 5. Mai 1921 unerfüllbar ist, würden ausländische Geldgeber Gefahr laufen, in ihren Ansprüchen hinter die letzte noch ausstehende Goldmark der Reparationszahlungen gesetzt zu werden. Das bedeutet praktisch natürlich die Gefahr, daß die Geldgeber die geliehenen Summen niemals wieder erhalten würden. Dagegen besteht in London eine gewisse Neigung, gegen gute Sicherungen der deutschen Industrie, den Banken und der Landwirtschaft größere Beträge zu leihen. Allerdings kann das Reich — wie jede öffentliche Organisation, — umfangreiche Summen nur durch Besteuerung der Wirtschaft aufbringen. Die obengenannte Bestimmung des Versailler Vertrages bedroht also auch die deutsche Wirtschaft mit unerträglichen Lasten. Man kann es daher den ausländischen Geldgebern nicht verdenken, wenn sie Sicherheit dafür zu erhalten wünschen, daß bei der Gewährung großer Kredite die Zinsen und die Zurückzahlung des Kapitals in erster Linie, d. h. vor weiteren Ansprüchen der Reparationsmächte befriedigt werden. Viele Mühe und viel Kopfzerbrechen wird die Frage beanspruchen, ob bei der Milderung der von Deutschland zu fordernden Zahlungen die Mehrheit unserer Gläubiger den Ausschlag geben soll, oder ob hierzu Einstimmigkeit erforderlich ist.

Deutschlands Bevölkerungsverlust.

Deutschland hatte in der letzten Volkszählung vor dem Kriege eine Bevölkerungsziffer von rund 65 Millionen Menschen erreicht, wobei zu berücksichtigen ist, daß damals natürlich Elsaß-Lothringen noch miteingerechnet war. Nach dem Kriege, nämlich laut der 1919 stattgehabten Volkszählung, belief sich die deutsche Bevölkerungsziffer (einschließlich Oberschlesiens) auf knapp über 60 Millionen Seelen, während der Rest jetzt unter fremder Herrschaft schmachten muß. Dennoch sind wir noch immer die drittstärkste aller Nationen nach Rußland (etwa 130 Millionen) und Nord-Amerika (160 Millionen), während Frankreich nach der letzten dortigen Volksaufnahme vom Jahre 1919 mit Einschluß Elsaß-Lothringens eine Gesamtbevölkerung von 39 Millionen Köpfen gegenüber 39,6 Millionen im Jahre 1911, also ausschließlich der damaligen deutschen Reichslande, aufwies. Man sieht aus diesem Zahlenvergleich nur allzu deutlich, daß das stolze Frankreich selbst als das sich viel preisende Siegervolk nicht imstande ist, seine Bevölkerungsziffer wieder auf die Höhe zu bringen und einem langsamen aber sicheren Aussterben ziemlich sicher entgegengeht.

Dieses Ergebnis ist besonders durch die Tatsache wirksam illustriert, daß Deutschlands Bevölkerung sowohl während des Weltkrieges, wie auch nach demselben in dem sogenannten „Frieden", von Gnaden der Herren von Versailles und London, ganz enorme Verluste an Menschen erlitten hat. So weist Regierungsrat Dr. F. Burgdörfer in einem von ihm in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift" veröffentlichten, sehr bemerkenswerten Aufsatz nach, daß das Deutsche Reich durch Krieg und Friedensschluß bis Ende 1920 nicht weniger wie 11 Millionen Menschen verloren hat. Ohne den Krieg hätte es bei normaler Entwicklung Ende des genannten Jahres ungefähr 73 Millionen Einwohner haben müssen. Diese deutsche bevölkerungsstatistische Bilanz des Weltkrieges zeigt erschreckend deutlich unseren heutigen traurigen Stand. Auch dürfen wir nicht vergessen, daß die Nachwirkungen des Krieges, wie auch des sich immer fühlbarer machenden, uns aufgezwungenen Friedensdiktates, noch lange bemerkbar bleiben werden. Das Land der „gloire", die Heimat Clemenceaus, Poincares und Briands, jedoch schaut argwöhnisch und neidisch auf das arme, verkleinerte und im Grunde doch noch immer nicht völlig zermürbte Deutschland. Für diese Herren sind wir nach wie vor noch viel, viel zu stark und groß.

Preußischer Landtag.

— Berlin, den 9. Dezember.

Die zweite Beratung des Haushalts der

Bergverwaltung

wird fortgesetzt.

Abg. **Hue** (Soz.): In der Verwaltung brauchen wir Persönlichkeiten, die antikapitalistisch und nicht antisozialistisch gesinnt sind. In den Aufsichtsrat der „Hibernia" müssen auch Vertreter des Betriebsrates hinein. Wir protestieren gegen die Exzesse deutschnationaler Monarchisten im Bade Oeynhausen. Man zwinge die Arbeiterschaft nicht, von sich aus Ordnung zu schaffen. (Große Unruhe und Zurufe bei den Deutschnationalen.) Die Arbeiterschaft ist erbittert über die Steuerungleichheit, die Kapitalshinterziehung, die Kreditverweigerung der Großindustrie, über das Verlangen nach Entstaatlichung der Reichseisenbahn.

Abg. **Steger** (Ztr.): Wir müssen zur Erhöhung der Produktion der technischen Anlagen auch in den Staatsbetrieben verbessern. An vielen Stellen sind die produktiv tätigen Kräfte um 10 Proz. zurückgegangen. Von einem Leistungsrückgang kann aber allgemein keine Rede sein. Die Bergarbeiter des Ruhrgebiets sind immer bereit gewesen, Opfer im Interesse der Volkswirtschaft zu bringen.

Abg. Dr. **v. Waldthausen** (Dntl.): Daß der Völkerbundsrat einen Schiedsspruch gefällt hat über Oberschlesien, der der Abstimmung direkt ins Gesicht schlägt, ist aufs tiefste zu bedauern. Das große Werk aus eigener Kraft aufrechtzuerhalten, wird Polen nicht gelingen. (Sehr wahr! rechts.) In der Betriebsverwaltung müssen wir auf eine kaufmännische Buchführung zurückkommen. Eine Einnahme der Kohlenförderung im November hat stattgefunden, trotzdem leiden wir unter einem infolge des auch im Landwirtschaftsbetrieb sich fühlbar machenden Wagenmangels hervorgerufenen scharfen Kohlenmangel. Es muß Sorge der Eisenbahnverwaltung sein, dafür zu sorgen, daß eine Stockung des Wagenumlaufs auf der ganzen Linie in Zukunft ausgeschlossen bleibt.

Abg. **Seidel** (D. Vp.): Ueberall in der Welt ist Kohlenüberfluß — nur bei uns nicht. Für die Kohlen aus dem Spaa-Abkommen haben die Franzosen gar keine Verwendung, dieses Abkommen sollte lediglich einen Ersatz bringen für den Ausfall aus der Zerstörung französischer Hütten und Zechen.

Abg. **Sobottka** (Komm.): Ohne Sozialisierung ist der Aufbau unmöglich. Jetzt geht er aber nur auf Kosten der breiten Massen des Volkes.

Abg. **Otter** (U.Soz.): Das Betriebsrätegesetz ist unzulänglich und muß durch ein besseres ersetzt werden. An den übermäßigen Gewinnen der Kohlenindustrie ist der Reichskohlenrat schuld, der der Industrie die hohen Preise bewilligt hat.

Abstimmungen.

Das Haus nimmt sodann die zurückgestellten Abstimmungen zum Haushalt der landwirtschaftlichen Verwaltung vor. Der Haushalt wird im Wesentlichen nach den Beschlüssen des Hauptausschusses angenommen. Annahme findet auch ein Antrag, der das Staatsministerum ersucht, für die schleunige Aufbringung der Getreideumlage zu sorgen und die Justizbehörden zur nachdrücklichen Verfolgung der Wucherer und Schieber anzuhalten.

Ferner soll der Landwirtschaftsminister die Vorsitzenden der Landwirtschaftskammern einberufen, um zu ermitteln, wie unter Mitarbeit der Organisationen der Erzeuger und Verbraucher über die Umlage hinaus für die Ernährung der Bevölkerung die erforderlichen Mengen von Brotgetreide und Kartoffeln erworben und verteilt werden können.

— Berlin, den 10. Dezember.

Heute wird die zweite Beratung der Bergverwaltung fortgesetzt.

Abg. **Lauger** (D. Vp.) verlangt besseren Schutz für Leben und Gesundheit der Bergarbeiter; die Reviere müssen verkleinert werden. In die Betriebsräte gehören nur geeignete Leute hinein.

Abg. **Heinzelmann** (U.Soz.) lehnt die von den Sozialdemokraten beantragten Belohnungen für Werksbeamte ab.

Abg. **Hartmann** (Dem.): Zur Steigerung der Produktion muß das Verhältnis zwischen Werksleitung und Betriebsräten besser werden; beide müssen verständnisvoll zusammenarbeiten. Den Beiräten bei den Oberbergämtern ist eine gesicherte Rechtsgrundlage zu geben.

Die Aussprache schließt. Die Abstimmungen sollen am Dienstag stattfinden. Das Haus beginnt darauf die zweite Beratung des

Kultusetats.

Abg. Frau **Dr. Wegscheider** (Soz.) wünscht, daß parlamentarische Vertreter ins Kultusministerium berufen werden. Das Mädchenschulwesen sollte man ausschließlich Frauen anvertrauen.

Abg. Dr. **v. Campe** (D. Vp.): Der Kultusminister hat nicht nur Kulturpolitik zu treiben, er muß auch Kultur machen. Das letzte Ziel muß die große deutsche Kulturgemeinschaft sein.

Abg. **Oelze** (Dntl.): Im nächsten Etatsjahr muß der Kultusetat unbedingt als erster behandelt werden, ist doch der Kultusetat das beste Mittel zur Herstellung einer Volksgemeinschaft.

Abg. Dr. **Lauscher** (Ztr.) wendet sich scharf gegen die Versuche, den großen katholischen Volksteilen nicht die gleiche Berechtigung im Staate zuzuerkennen, wie den anderen Staatsbürgern.

Kultusminister **Boelitz**: Wir müssen uns besinnen auf das, was uns eint, und müssen auch bei der Erziehung der Jugend die Staatsgesinnung in den Vordergrund rücken, ohne das Menschheitsideal deshalb zu vernachlässigen. Katholizismus und Protestantismus sind für mich nur zwei Erscheinungsformen der Frömmigkeit. Ich werde aber nie meine Hand dazu geben, die Gewissensfreiheit derjenigen anzutasten, die außerhalb der Kirche stehen.

Abg. Dr. **Meyer** (Komm.): Die Verträge des Staates mit der Kirche sollten als null und nichtig betrachtet werden.

Abg. **Gottschalk** (Dem.) begrüßt es, daß der Minister Koalitionspolitik treiben will.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Das Haus vertagt sich auf Dienstag.

Der erste Kapp-Prozeß.

General von Seeckt als Zeuge.

Die Zeugenvernehmung im Jagow-Prozeß scheint sich immer mehr auszuwachsen. Schon liegen dem Reichsgericht eine große Anzahl Aussagen vor und noch harren eine große Reihe von Zeugen auf ihre Vernehmung. Rittergutsbesitzer v. Stubbendorf teilt mit, daß Jagow einen Eintritt in die Nationale Vereinigung trotz Aufforderung abgelehnt habe. Der Direktor des Pommerschen Landarbeiterbundes v. Drewitz sagt aus, daß man mit dem Losschlagen stets warten wollte, bis die Kommunisten losgingen.

Korvettenkapitän Wolfgang v. Trotha, der erster Adjutant Ehrhardts gewesen ist, behauptet, er habe nur Personalangelegenheiten unter sich gehabt und sei mit dem Militärischen nicht beschäftigt gewesen. Er habe nur auf Befehl von Vorgesetzten gehandelt. Der Zeuge macht dann Angaben über den Anmarsch der Brigade Ehrhardt.

Das Gericht beschließt, die Zeugen von Stubbendorf und Trotha nicht zu vereidigen, da der Verdacht, sie seien als Teilnehmer des Unternehmens zu betrachten, nicht beseitigt sei. Hierauf erfolgte dann die Vereidigung Exzellenz v. Ludendorffs, Redakteur Harnischs und Direktor v. Drewitz'.

General v. Seeckt, der als Zeuge vernommen wird, erklärt, daß Lüttwitz schon lange vor dem Putsch Pläne hatte, die sich mit seiner militärischen Unterordnung nicht vereinbarten. Deshalb hatte der Zeuge Lüttwitz' Entlassung verlangt. Seeckt sagt von den Vorgängen am 13. März aus, die Beratungen der Regierung hätten die Unmöglichkeit eines militärischen Widerstandes gegen die Ehrhardttruppen ergeben. Die Berliner Truppen waren gut, aber wollten sich nicht mit Kameraden schlagen. Es war daher die Aufgabe, erst mehr Truppen heranzuschaffen, ohne die Berliner Truppen einer Niederlage auszusetzen. Gerade die Zurücknahme der Berliner Truppen war der Anfang vom Ende Kapps. Sie brachte Kapp um seinen „Sieg" am Brandenburger Tor, enttäuschte seine Soldaten, die keinen Gegner sahen und daher nicht wußten, wozu ihr Machtgebot diente. Das war der Anfang ihrer Zermürbung.

General v. Seeckt fährt fort: Die Annahme, daß die große Masse der Reichswehr und des Offizierkorps hinter Lüttwitz stand, ist falsch. Zu den gewaltsamen Unternehmungen Kapps und Lüttwitz' hat nur ein sehr kleiner Teil des Offizierkorps seinen Namen geliehen.

Der Führer der Deutschnationalen, Staatsminister a. D. Hergt, kennzeichnet seine Auffassung beim Ausbruch des Kapp-Putsches: „Ich war ganz wütend und peinlich befremdet." Der bekannte Parlamentarier der Deutschen Volkspartei Heintze erzählt von seinem Zusammentreffen hinter Elsterwerda mit den Ministern Giesberts, Koch und Geßler, die er zu den Verhandlungen mit General Märker, der zwischen Kapp und Regierung vermitteln wollte, begleitete.

Bei der Vernehmung des früheren Reichswehrministers Noske beanstandet die Verteidigung die vorherige Vornahme der Vereidigung, da Noske hinreichend verdächtig sei, sich strafbar gemacht zu haben, da er ein hochverräterisches Unternehmen nicht sofort zur Anzeige gebracht habe. Der Gerichtshof beschließt trotzdem die vorhergehende Vereidigung.

Noske bekundet u. a., am 10. März sei ihm von Reichswehroffizieren eine Warnung zugegangen wegen Lüttwitz. Es bestehe die Möglichkeit, daß er eine Dummheit mache. Noske erfuhr, daß zwischen Lüttwitz, Pabst, Bauer und Kapp gefährliche Beziehungen bestanden. Kurz darauf hat der Zeuge Lüttwitz persönlich mitgeteilt, daß er ihm das Kommando über die Marinebrigade abgenommen habe und ihm gesagt, daß er zu gehorchen hätte. Der Zeuge hörte dann Verdächtiges aus dem Bureau der Nationalen Vereinigung, worauf er am 11. gegen Kapp, Bauer, Schnitzler Verhaftungsbefehle ausstellte. Dann habe er Lüttwitz die schriftliche Mitteilung seiner Entlassung geschickt. Leider haben einige politische Stellen versagt, so daß die Verhaftungen nicht mehr glückten.

Rückkehr Rathenaus.

— **Berlin**, 11. Dezember. Rathenau wird voraussichtlich am Montag in Berlin eintreffen. Nach seiner Rückkehr wird vor allem die vom Reichskanzler zur Beratung der Kreditaktion ernannte Neunerkommission zusammentreten und einen Bericht Dr. Rathenaus über die Ergebnisse seiner Londoner Besprechungen entgegennehmen.

Die Schraube ohne Ende.

Zwanzigfache Eisenbahnfahrpreise und Postgebühren.

Die vor einigen Tagen im Reichsrat beschlossenen Tariferhöhungen sind noch nicht in Kraft getreten, da werden schon wieder neue Steigerungen der Bahn- und Posttarife angekündigt. Wie die „Voss. Ztg." erfährt, hat die Reichspostverwaltung den Regierungen der einzelnen Länder schon eine Vorlage mit neuen, wieder wesentlich erhöhten Tarifsätzen übermittelt, die vom 1. Januar ab Geltung haben sollen.

Eine Bestätigung dieser Meldung von amtlicher Stelle liegt noch nicht vor, doch ist kaum an ihrer Richtigkeit zu zweifeln.

Nach den jüngsten Vorschlägen wird die Postkarte im Ortsverkehr 75 Pfennige, im Fernverkehr 1,25 Mark kosten. Die Gebühr für den Brief soll auf 1,25 Mark bezw. 2 Mark für ein Gewicht bis 20 Gramm erhöht werden. Für Telegramme ist eine Wortgebühr von 1 Mark und 10 Mark Mindestgebühr vorgesehen. Die Fernsprechgebühren sollen gegenüber dem Tarif vom 1. Oktober um 100 v. H. erhöht werden; im allgemeinen sind die Sätze gegenüber denen von 1914 auf das Zwanzigfache erhöht worden.

Bei der Eisenbahn soll der Fahrtkilometer der vor dem Kriege in der dritten Klasse 3, in der zweiten 4½ und in der ersten 7 Pfennig gekostet hat, nach den neuen Tarifen 60 Pfennig, 90 Pfennig und 1,40 Mark kosten.

Durch die Tariferhöhungen soll unbedingt erreicht werden, daß die Staatsbetriebe keine Reichszuschüsse mehr erhalten, sondern ihre Ausgaben aus den eigenen Einnahmen vollständig decken. Auch scheint sich die Reichsregierung ein Entgegenkommen der Alliierten in der Kreditfrage nur für den Fall zu versprechen, daß die Staatsbetriebe, vor allem Post und Eisenbahn, wieder auf eigene Beine gestellt werden.

Politische Rundschau.

:: **Ein politisches Werk Wilhelms II.** Der Leipziger Verlag Koehler veröffentlicht ein Werk, das Wilhelm II. zum Verfasser hat. Es handelt sich um die sogenannten „Geschichtstabellen" des „früheren Kaisers". Die übersichtlich zusammengestellten, streng geschichtlichen Tatsachen sollen, wie es in dem Vorwort heißt, den Leser in die Lage versetzen, über die politische Weltlage seit dem Berliner Kongreß 1878 und über die Vorgeschichte des großen Krieges sich ein eigenes Urteil zu bilden. Für die historische Forschung bringt das Werk insofern Beachtliches, als der Kaiser auf Grund seiner persönlichen Kenntnis einiges, bisher sonst nicht bekanntes Material beibringt. So z. B. über die Entsendung des damaligen Prinzen Wilhelm 1886 nach Brest-Litowsk, Zar Alexanders III. Abneigung gegen die französische Republik, Angriffsabsichten Nikolaus II. gegen Japan bereits im Jahre 1901, König Eduards Absichten bei dem Besuche in Ischl, über die der Kaiser von Kaiser Franz Josef selbst unterrichtet worden ist u. a. m.

:: **Die Flucht des Oberleutnants Boldt.** In der Hamburger Bürgerschaft kam es bei der Besprechung einer Interpellation der Unabhängigen über die Flucht des Oberleutnants Boldt, auf dessen Ergreifung eine Belohnung von 50 000 Mark ausgesetzt ist, zu lebhaften Auseinandersetzungen sämtlicher Parteien mit den Kommunisten. Der Gefängnisdirektor Koch (Mitglied der Bürgerschaft) erklärte in der Debatte, daß Boldt ihm sein ausdrückliches Ehrenwort, nicht zu flüchten, nicht gegeben habe.

:: **Die Verhaftung Smeets.** Die Rheinlandkommission hat auf Anordnung Briands unverzüglich beschlossen, die Fortführung des von der deutschen Regierung verhafteten Führers der rheinischen Sonderbündler Smeets aus dem Rheinland ins unbesetzte Gebiet zu untersagen.

:: **Die Aufhebung der Inseratensteuer abgelehnt.** Der Steuerausschuß des Reichstages hat in erster Lesung die Aufhebung der Inseratensteuer gegen die Stimmen der Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag Hergt und Genossen angenommen, nach welchem die Steuer eine neue Staffelung und zwar bis zum Höchstbetrage von 4 Prozent (bisher zehn Prozent) erfahren soll.

:: **Heraufsetzung der Werbekosten.** Nach einer Erklärung des Landesfinanzamtes Berlin ist für eine ganze Reihe von Berufen jetzt eine generelle Festsetzung dieser Werbungskosten durchgeführt worden. Die Finanzbehörden haben dem Parlament eine Abänderung vorgeschlagen. Dem Reichstag liegt bereits eine Novelle vor, die eine Heraufsetzung der Werbekosten bis auf 3500 Mark vorsieht. Da die Novelle bis zum 15. Dezember erledigt werden soll, in der übrigens auch die Abzugsfähigkeit der Krankenversicherungsbeiträge wieder eingeführt werden soll, wird vom 1. Januar 1922 die Höhe der Werbungskosten wieder etwa 4000 Mark erreichen dürfen.

:: **Die Ortsklasseneinteilung der Beamten.** In einer Besprechung der Parteiführer im Reichstag wurde vereinbart, daß für die höher bestuften Orte die Auszahlung der Teuerungszuschläge zu den Beamtengehältern noch vor Weihnachten stattfindet, daß aber das Ortsklassenverzeichnis nochmals dem Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten zur Beratung zugehen soll, so daß also die Gesetzesvorlage nicht ohne eine Debatte verabschiedet werden kann, wie ursprünglich in Aussicht genommen.

:: **Ein besonderer Staatskommissar für die Groß-Hamburger Frage.** Die Mitteilung, daß der frühere Minister Dr. Südekum zum besonderen Staatskommissar zur Bearbeitung der Groß-Hamburger Frage ernannt worden sei, wird vom amtlichen Preußischen Pressedienst dahin ergänzt, daß die Ernennung bereits vor fünf Wochen, und zwar noch unter dem Kabinett Stegerwald vollzogen worden ist.

Dr. Wirth über die Kreditaktion.

Eine Kanzlerrede im Reichswirtschaftsrat.

Der Reichswirtschaftsrat beschäftigte sich in der Vollsitzung am Sonnabend mit dem Antrag über Errichtung einer Kreditvereinigung des deutschen Gewerbes. Der Reparationsausschuß hat bereits am 25. November einstimmig eine Entschließung angenommen, in der er die unverzügliche Durchführung der Kreditaktion und entschlossene Maßnahmen gegen die Defizitwirtschaft, aber ohne Verquickung der beiden Fragen durch Bedingungen der Industrie fordert. Nach kurzer Debatte, in der eine Vertagung der Abstimmung im Plenum beantragt worden war, griff auch der Reichskanzler Dr. Wirth in die Verhandlung ein.

Der Kanzler bat den Reichswirtschaftsrat, den Gesetzentwurf zu verabschieden, um mindestens die innere Bereitschaft durch äußere Zeichen zu bekunden. „Den Sommer hindurch haben wir wiederholt — so erklärt

Dr. Wirth — die Möglichkeit einer Kreditaktion durchgesprochen. Schritte nach der Richtung der Kreditbeschaffung sind offiziell und offiziös unternommen worden. Das ernsthafte Bemühen der Regierung, für Januar und Februar für Gelddeckung zu sorgen, hat eine größere Erörterung hervorgerufen. Aus der Kreditfrage ist eine Erörterung des Reparationsproblems geworden. Deutschlands Wirtschaft darf nicht isoliert für sich betrachtet werden. Das Schicksal der deutschen Wirtschaft ist verbunden mit der Wirtschaft Europas und damit mit der Weltwirtschaft. Jedoch in dem Augenblick, wo von den englischen und französischen Staatsmännern in London gerade diese Frage diskutiert wird, können wir eine große Debatte nicht führen, das wäre nicht nutzbringend. Verabschieden Sie den Gesetzentwurf als

ein Zeichen innerer Bereitwilligkeit,

an der Lösung der Kreditfrage mitzuarbeiten und der Regierung ein Instrument in die Hand zu geben, und sprechen Sie damit die Hoffnung aus, daß die ganze Welt auch an diesem Zeichen erkennen möge, daß in Deutschland alle Kreise bereit sind, am Wiederaufbau in Deutschland und der ganzen Weltwirtschaft mitzuarbeiten. Dr. Rathenau, das Mitglied dieses Hauses, wird ja in einigen Tagen Ihnen über seine Eindrücke in London Bericht erstatten können. Freilich ist es auch zunächst besser, zu schweigen, wo große Gedanken reifen, anstatt zu reden und nachher zu sehen, wieviel Porzellan zerschlagen ist. (Zustimmung.) Wir sehen den nächsten Tagen mit Spannung und einiger Hoffnung entgegen."

Die Rede des Kanzlers hatte den Erfolg, daß der Vertagungsantrag abgelehnt wurde und das Haus in die Beratung des Antrages eintrat.

Der Mord in Kleppelsdorf.

Die Aussagen des Vormundes.

Die Fortsetzung der Beweisaufnahme bringt die mit Spannung erwartete Aussage einer Martha Mohr, der Geliebten des Angeklagten Grupen, die bei ihm in Stellung war. Zunächst wird die Zeugin nach dem Abschiedsbrief der Ursula an die Großmutter gefragt. Die Mohr ist von Ursula zuerst gebeten worden, den Brief der Großmutter zu geben, dann hat Ursula wieder gezögert, bis dann die Mordtat geschah und der Brief bei der Ursel gefunden wurde. Von noch größerer Bedeutung ist die Aussage dieser Zeugin, daß der Angeklagte zur Zeit, in der der Mord geschehen ist, das Zimmer, in dem Mühle gespielt wurde, nicht verlassen hat. Weiter sagt die Zeugin aus, daß nach ihrer Erinnerung, Frau Eckert die erste gewesen sei, die nach der Mordtat davon gesprochen hat, daß sie jetzt Millionenerbin sei.

Der nächste Zeuge ist der Vormund der Dörthe Rohrbeck, Hauptmann a. D. Bielhack. Bielhack, der Jagdfreund des alten Rohrbeck gewesen ist, sagt aus, daß er als Vormund den Damen 18 000 Mark jährlich für Kleidung, Gehalt, Lohn, Dienstmädchen und Erzieherin bewilligt habe. Wenn er mehr bewilligt hätte, so hätte er das Kapital angreifen müssen. Der Zeuge behandelt dann die zwischen ihm und Frl. Zahn, die schlecht gewirtschaftet habe, ausgebrochenen Differenzen. Frl. Zahn hätte nach seiner Meinung die Dörthe falsch erzogen. Der Zeuge berichtet dann noch, daß Grupen ihm erzählt habe, Frl. Zahn unterhalte Beziehungen zu verheirateten Leuten, Dörthe rauche sehr viel Zigaretten, durchtanze die Nächte und lese böse Bücher.

Nachdem noch eine Berliner Freundin der Dörthe und andere Zeugen unwesentliche Aussagen gemacht haben, stellt der Vorsitzende an den Angeklagten die Frage, warum er so lange in Kleppelsdorf gewesen sei, obwohl er doch sehr kühl empfangen wurde und ob er gewartet hätte, bis man ihn rausgeschmissen habe. Grupen gibt darauf mit erhobener Stimme zurück: „Ich wollte, ich wäre rausgeschmissen worden, dann säße ich heute nicht auf der Anklagebank."

Eine Lehrerin der getöteten Ursula sagt von dieser Gutes aus und glaubt nicht, daß die Ursula die Tat begangen hätte. Nach der Mordtat sei ihr von Mitschülerinnen erzählt worden, daß Ursula einmal nach der Schule, in der von Hypnotisieren die Rede war, gesagt hätte: ihre Mutter kenne einen Mann, der einen so scharfen Blick habe, daß man alles tun müsse, was er wolle. Die Adresse dieses Mannes habe Ursula nicht angegeben.

Mit großer Spannung nimmt sodann der Gerichtshof die Aussage der nahezu 80jährigen Großmutter der ermordeten Dörthe, Frau Eckert, die Schwiegermutter des Angeklagten ist, entgegen. Frau Eckert schildert, wie ihre Tochter den Angeklagten durch eine Heiratsannonce kennen lernte, daß die beiden anfangs in glücklichster Harmonie gelebt hätten und daß später Differenzen zwischen den Ehegatten eintraten. Meine Tochter, sagt die alte Mutter aus, hat mich auch einmal in der Nacht zu Hilfe gerufen. Bei dieser Gelegenheit war Grupen aus dem Fenster geflüchtet. Aber irgendwelche Mißhandlungen habe ich nicht bemerkt. Zu den Kindern war Grupen sehr nett

Soziales.

† **Eine Milliarde für die Rentner.** Der vor dem Ausschuß stehende Gesetzentwurf für Notstandsmaßnahmen der Invalidenrentner und Rentner sieht aus der Angestelltenversicherung für 1921 einen Unterstützungsbetrag von 1000 Millionen Mark vor, an denen etwa 1 Million Rentner teilhaben sollen. Für die Klein-

** **Ein kommunistisches Waffenlager von den Franzosen entdeckt.** Wie der „Vorwärts" aus Düsseldorf erfährt, soll die dortige Besatzungsbehörde ein größeres Waffenlager aufgedeckt haben. Es sollen zwei schwere und sechs leichte Maschinengewehre, 147 Gewehre und 30 000 Stück Infanteriegewehrmunition gefunden worden sein. Die Meldung trifft, soweit bisher festgestellt werden konnte, im allgemeinen zu. Die Waffen wurden in einer Kaserne gefunden, welche gegenwärtig mit französischen Truppen belegt ist. Die Gewehre usw. waren unter dem Fußboden verborgen, eine Untersuchung ergab, daß die Waffen bei den letzten großen Unruhen dort von der Roten Armee untergebracht worden sind. Die Franzosen haben die Waffen beschlagnahmt.

** **Französische Spionage im Ruhrrevier.** Wie die „Essener Allgemeine Zeitung" schreibt, macht sich die französische Spionage die augenblickliche deutsche Geldentwertung immer mehr zu Nutzen. Anscheinend um Unterlagen für die Unmöglichkeit einer französischen Abrüstung zu erhalten, wird insbesondere der Westen Deutschlands in letzter Zeit mit französischen Agenten überschwemmt, die in erster Linie die Aufgabe haben, der Stärke und Bewaffnung der Reichswehr und Polizei sowie den angeblich bestehenden bewaffneten Geheimbünden und -Organisationen nachzuspüren. Allein in den letzten Tagen ist es gelungen, insgesamt 11 Spione festzunehmen. So vier in Münster, drei in Bochum und vier in Essen.

** **Wassernot im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.** Infolge des niedrigen Wasserstandes ist eine Reihe Orte des Industriegebietes in Gefahr, von der Wassernot heimgesucht zu werden. In Bochum macht sich die Wassernot stark bemerkbar. In Solingen plant man zur Wassererspamis die Stillegung der Badeanstalten und ein Verbot des Zuhausebadens bei 500 Mark Geldstrafe. Das Wassergeld soll stärker heraufgesetzt werden. Auch in Hagen-Westfalen machen sich die Schwierigkeiten in der Wasserversorgung bereits stärker bemerkbar.

** **Schließung eines Gußstahlwerkes wegen Kohlenmangels.** Wegen Kohlenmangels war vor kurzem der Betrieb des Gußstahlwerkes Witten bereits erheblich eingeschränkt worden. Jetzt muß das Werk aus diesem Grunde vollständig geschlossen werden.

** **Beraubung eines Lohngeldtransportes.** Nach einer Meldung aus Dresden hat sich in Döhlen ein schwerer Raubüberfall auf einen Geldtransport zugetragen. Beamte der Glasfabrik Siemens in Döhlen hatten Lohngelder von der dortigen Filiale der Deutschen Bank zu holen. Auf dem Wege zur Fabrik wurden sie von sechs Radfahrern angehalten, die ihnen Pfeffer in die Augen streuten und mit der Barschaft in Höhe von etwa 250 000 Mark flüchtig wurden. Die Täter konnten nicht ergriffen werden.

** **Den Gatten erstochen.** In München hat die 44jährige Zeitungsträgerin Beck ihren Mann, von dem sie im Bett mißhandelt worden war, mit einem Küchenmesser vor den Augen der auf ihr Hilfegeschrei herbeigeeilten Hausbewohner erstochen.

Aus Stadt, Kreis und Provinz.

„ **Steinheim**, 10. Dezember.

Geflügel-Ausstellung in Steinheim.

Am Sonnabend, den 3. und Sonntag, den 4 Dezember cr. veranstaltete der Geflügelzuchtverein „Steinheim" eine große, erweiterte Lokal-Geflügelschau im geräumigen Saale des Herrn Franz Müller (Hotel zur Krone). Die Beschickung dieser Ausstellung war eine sehr gute, enthielt doch der Ausstellungsführer die stattliche Anzahl von annähernd 200 Nummern Großgeflügel und 100 Nummern Tauben. Wahrlich der beste Beweis für das Vertrauen, welches die Aussteller dem noch jungen Steinheimer Verein schenkten. Nun ein Rundgang durch die Schau. Ein farbenprächtiges, abwechslungreiches Bild bot sich dem Auge der vielen Besucher. In Großgeflügel waren so ziemlich alle Rassen vertreten; nach Aussage des Preisrichters Schlüter-Delbrück, der die Bewertung übernommen hatte, waren einzelne Vertreter der verschiedenen Rassen von ganz vorzüglicher Qualität. In den Taubenabteilungen sah man verschiedentlich sehr gute Exemplare. Das Gesamtbild der Ausstellung zeugte von dem großen Interesse, das der Geflügelzucht auch im Kreise Höxter entgegengebracht wird. An beiden Tagen erfreute sich die Schau eines regen Besuches. Dem Geflügelzuchtverein Steinheim standen verschiedene gestiftete wertvolle Ehrenpreise zur Verfügung, die auf die besten Tiere vergeben wurden. Der noch junge Verein hatte keine Kosten und Mühe gescheut, die Geflügelschau zu einer glanzvollen zu gestalten. Letzteres ist ihm auch gelungen, wie jeder Aussteller und Besucher der Schau anerkennen muß. Es war alles in bester Ordnung; denn die Ausstellungsleitung ist allen Anforderungen gerecht geworden. Möge die Geflügelschau für Viele, die der Geflügelzucht noch fern stehen, ein Ansporn gewesen sein. — Wir wünschen, daß der Geflügelzuchtverein Steinheim sowie auch die übrigen Vereine unseres Kreisverbandes blühen und gedeihen mögen zum Wohle unseres Vaterlandes!

*— **Befördert** wurde Herr Gendarmerie-Wachtmeister Ernst zum Gendarmerie-Ober-Wachtmeister. Unseren besten Glückwunsch!

*— Im Laufe dieser Woche werden bei den Mitgliedern des **Franziskus-Xaverius-Missionsvereins** die Jahresbeiträge (3 Mark) abgeholt. Diejenigen Familien, die dazu in der Lage sind, werden außer diesem Mitgliedsbeitrag noch um ein besonderes Scherflein für die Heiden-Mission gebeten. **„Der Herzschlag der katholischen Kirche ist die Weltmission. Ein Zug der Gnade geht durch die Heidenvölker,** wenn wir nur Hilfe an Geld und Personal bekämen, um mitzuwirken", schreiben sehr viele Missionare aus Asien und Afrika. Wir Katholiken dürfen deshalb in unseren Gebeten und Opfern nicht nachlassen. **Der Herr der Ernte wird es hundertfach lohnen!**

*— **Sandebeck**, 12. Dezbr. Die Mißstände und Mißgeschicke in der Versorgung unseres Kreises mit elektrischer Energie nehmen kein Ende. Nachdem nun endlich der längst geplante Anschluß des Kreises Höxter an den Pesag vollendet, ist auch schon der neue Transformator der hiesigen Uebernahmestation in wesentlichen Teilen zerschmolzen, sodaß die lückenlose Lieferung elektrischen Stromes in dieser dunklen Jahreszeit zum Leidwesen der erwerbstätigen Bevölkerung in Frage gestellt ist.

*— Ausgemachtes Pech! Aus Kolberg wird gemeldet: Die pommersche sozialistische Presse ereifert sich in folgendem Ruf nach dem Staatsanwalt:

„Herr Staatsanwalt!

In der Mittwochausgabe der deutsch-nationalistischen „Swinemünder Zeitung" lesen wir folgendes Inserat:

Achtung! Landwirte! Eilt!

Jeder Posten Kartoffeln (auch der kleinste) zu kaufen gesucht. Gebe auf jeden Zentner ein Pfund Zucker gratis. Angebote mit Preis unter M. K. 100 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten. —

Kann die Wucherei sich noch frecher gebärden, als wie es hier ausgedrückt wird? Unzählige abgehärmte Mütter laufen verzweiflungsvoll von Laden zu Laden, um nur ein Pfund Butter für ihre Kleinen aufzutreiben, und hier bietet irgend ein Angehöriger der Geldsackkaste für jeden Zentner Kartoffeln ein Pfund Zucker umsonst. Wo hat der Interessent den Zucker her? Wozu kauft er jeden Posten Kartoffeln? Die Antwort auf die zweite Frage liegt sehr nahe. Das Volk soll im Frühjahr noch höhere Preise zahlen. Eine schamlosere Verhöhnung der Volksnöte läßt sich kaum noch vorstellen. Wird hier der Staatsanwalt eingreifen?"

Nach einem Berichte der „Magd. Ztg." aus Swinemünde hat sich herausgestellt, daß dieser „Angehörige der Geldsackkaste der Swinemünder Vorsitzende der sozialdemokratischen Gewerkschaften ist, der nebenbei ein Kolonialwarengeschäft betreibt."

*— **Minden**, 13. Dezbr. Ein junger Mann zog hier bei einer Witwe in der Bachstraße ein. Er hatte die einzige Tochter zufällig auf dem Bahnhof Hannover kennen gelernt, in die er wie er sagte, unsterblich verliebt sei. Er verlobte sich mit Fräulein Adele und wollte sie dann später in sein Hotel als Gattin führen. Das schöne Hotel liege in Koblenz und führte den Namen: „Mariolag". Er verlebte in der Bachstraße herrliche Tage, denn die zukünftige Schwiegermutter ließ es an nichts fehlen. Ja, er pumpte diese noch um 400 Mark an und bei einem bekannten jungen Mann endlich er 700 Mark. Dann verschwand der angebliche Hotelbesitzerssohn und ließ Braut, Schwiegermutter und Freund ohne jede Nachricht.

*— **Osnabrück**, 12. Dezbr. Die Tollwut hat sich auf dem Lande ganz erheblich verbreitet. Die Witterungslage begünstigt die weite Ausdehnung der gefährlichen Hundekrankheit, so daß dagegen mit den schärfsten Maßnahmen vorgegangen werden muß. Landjägerei und Schutzpolizei sind angewiesen, frei umherlaufende Hunde sofort zu erschießen.

Bäuerliche Bezugs- u. Absatz-Genossenschaft Marienmünster-Steinheim.

Am Sonnabend, den 17. Dezember Nachmittags um 3 Uhr

findet im Saale des Hotel „Zur Krone" (Franz Müller) ein

- Vortrag -

über Anwendung künstlicher Düngemittel statt.

Referent: Herr Dr. Maas-Münster.

Hierzu werden alle Mitglieder, sowie auch Nichtmitglieder freundlichst eingeladen.

Der Vorsitzende:
Sanitätsrat Dr. Berendes-Marienmünster.

Landwirtsch. Bezirks-Verein Nieheim-Steinheim.

Am Sonntag, den 18. Dezember 1921
Nachmittags um 3.30 Uhr:

- Versammlung -

im Saale des Hotel Müller in Steinheim.

Tagesordnung:

Vortrag des Herrn Direktor Schweitzer-Brilon: „Die Einrichtung des Betriebes im Hinblick auf die Zukunft."

Hierzu ladet ein:

Der Vorsitzende:
Büttner-Grevenburg.

Provinzialverband der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen
(Ortsgruppe Steinheim und Umgegend.)

Am Sonntag, den 18. Dezember 1921
Nachmittags um 2.30 Uhr

- Versammlung -

im Vereinslokal.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist unbedingtes Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich. **Der Vorstand.**

Gesangverein „Harmonie", Steinheim.

Morgen (Mittwoch abend:)

- Gesangstunde -

Alle Sangesbrüder müssen unbedingt erscheinen.

Der Vorstand.

Verloren! ein Kneifer und ein Manschettenknopf. Wiederbringer erhält Belohnung in der Geschäftsstelle dss. Blattes.

Puppenwagen gut erhalten, zu kaufen gesucht. Angebote an die Geschäftsstelle dss. Blattes erbeten.

Zum Weihnachtsfeste

bringe ich mein reichhaltiges **Lager** in:

Haus- und Küchen-Geräten

in empfehlende Erinnerung.

Verzinkte Waschkessel, Wannen, Einkoch-Apparate (emaillirt und verzinkt) **Küchenwagen, Löffelbleche, Schöpflöffel** (in Emaille und Aluminium) **Eimer, gußeiserne Töpfe, Kochgeschirre, Springformen etc.**

in nur guten Qualitäten zu soliden Preisen.

Meine Spezialität:

!! Feisen-Emaille-Geschirre !!

Das beste Emaille-Geschirr, welches bisher auf den Markt gebracht wurde.

E. Wegesin, Pyrmonterstr.

Bekanntmachung!

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Motorenbesitzer beim Versagen der Stromzufuhr sofort ihre Motore abzustellen haben. Andernfalls ist der Motor geschlossen und kann bei wiederkommendem Strome durchbrennen. Es empfiehlt sich, bei Stromunterbrechung eine Lampe einzuschalten und zu warten, bis diese brennt. Dann erst darf der Motor wieder angelassen werden.

Der Magistrat. J. V.: Reineke.

Bekanntmachung!

Anträge auf Ausstellung von Gewerbe-Legitimationskarten für das Jahr 1922 sind umgehend auf dem hiesigen Magistratsbüro zu stellen.

Der Bürgermeister. J. V.: Reineke.

Bekanntmachung!

Der Obst- und Gemüsebauverband für Westfalen und Lippe in Herford läßt in der Zeit vom 13. bis 18. Februar einen Obstbaukursus für Straßenwärter abhalten. In diesem Kursus wird praktisch und theoretisch das Pflanzen des Baumes, die Pflege des jungen und des alten Obstbaumes, das Verjüngen und Umpropfen, das Verpflanzen älterer Bäume usw. gelehrt. Ferner wird an einem Tage das Schneiden und Verjüngen der Waldbäume besprochen und geübt.

Der Kursus beginnt am 13. Februar in der Geschäftsstelle des Verbandes. Die Teilnehmer haben eine Baumsäge, ein Baummesser, einen Baumkratzer, eine Schere, ein Veredelungsmesser mitzubringen. Diese Sachen können auch bei der Geschäftsabteilung des Obst- und Gemüsebauverbandes käuflich erworben werden. Für den Kursus hat jeder Teilnehmer 20 Mark zu zahlen. Die Anmeldung ist spätestens bis zum 1. Februar 1922 an die Geschäftsstelle des Verbandes zu senden.

Steinheim, den 12. Dezember 1921.

Der Bürgermeister. J. V.: Reineke.

Bekanntmachung!

Auszug aus der Musterbauordnung. Abschnitt 4.

§ 34. Abbruch von Gebäuden. Spätestens eine Woche vor dem Abbruch eines Gebäudes ist der Ortspolizeibehörde zur Erteilung der Abbruchserlaubnis (Abbruchsschein) schriftlich Anzeige in 2 Stücken zu erstatten. Die Anzeige muß enthalten:

1. Die genaue Bezeichnung des Gebäudes;
2. die Angabe, ob darin a) eiserne Fachwerk-Konstruktionen, b) mit Eisen bewehrte Bauteile aus Stein oder Beton vorhanden sind;
3. Name, Stand und Wohnung des Abbruchunternehmers.

Vor Behändigung des Abbruchscheines darf mit dem Abbruch nicht begonnen werden.

Wird hiermit veröffentlicht!

Steinheim, den 10. Dezember 1921.

Die Polizeiverwaltung. J. V.: Reineke.

Ergebnis der Eberkörung.

Gemäß Ziffer 3 der Anweisung zur Ausführung der Polizeiverordnung vom 10. Juni 1910 beteffend Eberkörung bringe ich das Ergebnis der durch die Körkommission im Kreis Höxter bei der im November d. Js. vorgenommenen Hauptkörung in in dem nachstehenden Verzeichnis zur öffentlichen Kenntnis.

Ich mache wiederhohlt darauf aufmerksam, daß nur Besitzer von angekörten Ebern diese zum Decken fremder Sauen bis zur nächsten Nebenkörung benutzen dürfen. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit entsprechender Haft bestraft.

Die Deckbücher sind sorgfältig zu führen und auf Verlangen der Körkommission vorzulegen.

Des Eberbesitzers		Des angekörten Ebers	
Name	Wohnort	Alter	Kör-Nr.
pp. Plückebaum,	Steinheim	9 Monate	533

Höxter, den 3. Dezember 1921.

Der Landrat. J. V: Sawahn.

Wird hiermit veröffentlicht!

Steinheim, den 12. Dezember 1921.

Der Bürgermeister. J. V.: Reineke.

Auf den Weihnachtstisch!

gehört 1 feine Kiste Zigarren, Schokolade, Pralinees, Marzipan Bonbons, Ceks, Katzenzungen, Bonbonnieren mit ff. Füllungen! Alles finden Sie in guter, großer Auswahl bei:

Hans Wallbaum

Marktstraße 2.

Zum Weihnachtsfeste

empfehle:

Cigarren und Cigaretten

in diversen Preislagen **noch zu alten Preisen.**

Cigarren in Weihnachts-Packuungen von 25 u. 10 Stück.

Ferner:

Chocoladen, Pralinen, Bonbons Waffelgebäck, Christbaumcaces Marzipan etc.

Richard Büchter, Steinheim

— Fernsprecher Nr. 45. —

Meine

Spielwaren Ausstellung

ist eröffnet.

Es ist ratsam, bei der Knappheit auch in diesen Artikeln, seinen Bedarf rechtzeitig zu decken.

Ferner bringe ich eine große Auswahl passender Weihnachtsgeschenke, wie:

Taschentücher, Perlbeutel, Ledertaschen, Hosenträger, Schal's, Damenschirme, Pelze

S. Emmerich Wwe., Steinheim.

Ich empfehle aus **neuen Eingängen der W. G. O. Rinteln**, so lange Vorrat:

Brustblätter in versch. Qualitäten Halftern, Stallhalftern, Zäume, Sattelkissen, Genickriemen, Rückenriemen, Handtrensen, Satteltrensen Peitschen, Hinterzeuge, Umgänge Einspännerleinen, Kreuzleinen aus prima Leder, Sättel (komplett), sowie verschiedene andere Sachen.

Verkauf nur gegen bar werktags von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr.

Rich. Büchter, Steinheim

— Fernsprecher Nr. 45. —

Herren- und Knaben-Anzüge

aus guten Stoffen und solider Ausführung.

W. M. Pott. Steinheim.

Ich empfehle:

Spargel, Erbsen, Schnittbohnen, Steinpilze, Kronsbeeren, Erdbeeren, Apfelmus, Brechbohnen, Pfifferlinge, Kronsbeeren mit Birnen

in 2 Pfunds-Dosen.

Margarine zu 26, 30 und 32 Mark. Prima gebr. Kaffee, Fueser's Kaffeemischung mit Gerste, Pfund 24 Mk Cacao, Souchong Tee, Nieheimer Käse Tilsiter Käse, Oelsardinen, Lachs Kornfrank 3,90 Mk., Ruma 5,40 Mk.

Richard Büchter, Steinheim.

Zum **Einkochen von Wurst- und Fleischwaren** empfehle ich:

Blechdosen

zu billigsten Preisen — solange der Vorrat reicht.

E. Wegesin. Steinheim i. W.

Ein Hornkneifer

mit Etui auf der Bahnhofstraße verloren. Der Finder wird gebeten, denselben gegen Belohnung im Uhrengeschäfte von Josef Dassel abzugeben.

Preußisch. Südd. - Klassen-Lotterie -

Zur 1. Klasse:

Ziehung am 21. und 22. Dez.

1/8	1/4	1/2	1/1	Lose
10	20	40	80	Mark.

Ulner, Lotterie-Einnehmer Paderborn.

In Steinheim zu haben bei L. Kremer.

Lästige Haare

Damen-Bärte entfern schmerzlos Pulver „Odin."

Zu haben bei:

Herm. Eichler, Markt-Drog.



In **Steinheim** bei:

Hermann Eichler.

Irland und Deutschland.

Das irische Volk ist jetzt von froher Hoffnung beseelt: Das Londoner Abkommen verspricht ihnen einen Freistaat, und unter der Selbstregierung soll neues Leben aus den Ruinen blühen. Wir widmen den schwergeprüften Iren unsere besten Wünsche, wenn wir auch keine Garantie für die Erfüllung ihrer Hoffnungen übernehmen können.

Oder sollen wir vielleicht neidisch werden? Eine gewisse Versuchung liegt schon vor. Denn das irische Volk hat doch Aussicht auf Erlösung, während das deutsche Volk noch immer im Dunklen stöhnen und tappen muß.

Irland ist seit Jahrhunderten vergewaltigt, geknechtet, ausgepreßt worden. Was Deutschland in früheren Jahrhunderten, vom Sonnenkönig bis zum Eroberer Napoleon, zu leiden gehabt hat, wollen wir auf sich beruhen lassen. Aber augenblicklich nimmt das geschlagene Deutschland gegenüber den Siegern eine ähnliche Stellung ein, wie Irland gegenüber den englischen Eroberern. Ein Sklavenvolk, auf Gnade oder vielmehr auf Ungnade dem Hasse und der Habgier preisgegeben. Das irische Volk wurde systematisch arm gemacht. Wenn für das deutsche Volk nicht eine Schicksalswendung eintritt, so kommen wir auch allesamt ins Armenhaus. Den Irländern nahm man ihre Häuser und ihre Aecker fort; uns Deutschen wird man, wenn wir den aufgehalsten Tribut nicht leisten können, durch neue Sanktionen die Bergwerke, die Fabriken, die Eisenbahnen und allen verwertbaren Besitz entreißen. Millionen von Iren sind durch Hunger und Furcht zur Auswanderung getrieben worden; wer weiß, ob nicht noch mehr Millionen von Deutschen auch zur Flucht aus dem verarmten und versklavten Vaterlande getrieben werden?

Das irische Volk hat die furchtbare Prüfung mit staunenswerter Zähigkeit überstanden. Wird das deutsche Volk ebenso viel Kraft zum Dulden und Durchhalten haben?

Ein besonderer Vorzug auf der irischen Seite war die Treue der Ausgewanderten. Sie haben ihren Patriotismus nicht an der Grenez gelassen. Auch wenn es ihnen gut ging, wie z. B. den irischen Kolonisten und Gewerbetreibenden in Nordamerika, so blieben sie doch dem Vaterlande auf der grünen Insel treu, und zwar nicht bloß in Gedanken und Worten, sondern durch die opferwillige Tat. Ohne die Unterstützung der Ausgewanderten hätte das daheimgebliebene Irenvolk den Kampf um Recht und Freiheit nicht fortsetzen können. Die deutschen Auswanderer sind leider bisher diesem guten Beispiel nur ausnahmsweise gefolgt. Die Mehrzahl war nur zu schnell bereit, englisch sprechen und amerikanisch denken zu lernen. Werden die künftigen Auswanderer aus Deutschland ihr Nationalgefühl ebenso leicht preisgeben?

Ein weiterer Vorzug des ringenden Irenvolkes war die Einigkeit. Dort drüben sammelten sich alle Stände und Klassen um das irische Nationalbanner. In Deutschland dagegen hält man die Sammlung für eine rückständige Parole und betrachtet den Sport des Klassen- und Parteikampfes als die herrlichste Beschäftigung. Sogar in der ärgsten brennendsten Not des Vaterlandes können wir nicht zu einer vollen und festen Koalition gelangen, sondern machen lieber Front gegen Mitbürger, wie eine gemeinsame Front gegen die Bedränger. Bei Licht betrachtet ist es eine wahre Schande, daß wir drei Jahre nach der Niederlage und trotz aller herben Erfahrungen noch nicht zu einer festen und fruchtbaren Regierung gelangt sind.

Germania ist der Lehrmeister, sagte einstens der wohlwollende Kardinal von Mailand. Ach, Deutschland hat seine Lehrkraft und seine vorbildliche Stellung zu schnell und zu gründlich eingebüßt. Wir müssen vielmehr wieder von anderen Völkern Lehre annehmen, und auch das irische Volk, dem wir früher nur Mitleid zollten, kann uns zum guten Beispiel dienen.

Die Iren haben sich getreulich an den Spruch gehalten, den auch wir uns in der Not zur Richtschnur nehmen sollten: Hilf dir selbst (in Eintracht und Ausdauer), dann hilft dir auch Gott!

Meine Nachrichten.

* Die Zahl der Opfer in Saarwellingen beträgt nach der Saarbrücker Landeszeitung 13 Tote, 6 Schwerverletzte und 40 Leichtverletzte.

* Der 1800 Tonnen große deutsche Dampfer „Elisabeth Cords", der mit Kohlen von England nach Rostock unterwegs war, ist in der Nähe des Sylter Badestrandes im Nebel gestrandet.

* In den nächsten Tagen wird das Postzeitungsamt in Berlin auf ein 100jähriges Bestehen zurückblicken.

* In Dresden wurden die beiden Mörder des 75jährigen Kaufmanns Alexander verhaftet, der dieser Tage in seiner Berliner Wohnung ermordet aufgefunden wurde.

* Die Verhandlungen im Streik der Berliner Hochbahnangestellten blieben bisher ergebnislos.

* Die Belegschaft sämtlicher Schächte der Bergwerksgesellschaft Zwickau, deren Hauptaktionärin die Stadt Zwickau ist, ist wegen Lohndifferenzen in den Streik getreten.